



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0806890

P/XIV/23 - 28. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Probleme der Mietpreisgestaltung Von Heinz P. Erehm Vorsitzender des Mieterschutzverbandes Rheinland-Pfalz	93
3 - 4	London hält dichtwie als Washington Auf der Suche nach neuen Ansatzpunkten	70
5	Nach dem Sturz Fordanis Neuwahlen als Ausweg	41
6 - 7	Katholische Jugendreisen nicht mehr getrennt? Erster offizieller Vorstoß: Bekanntschaften unter den Geschlechtern	51
7	Zahlen, die sich jeder merken sollte "Welttat" für Rüstungsaufgaben: 2 000 Milliarden Dollar	18

* * * * *
* * *

Probleme der Mietpreisgestaltung

Von Heinz P. Brehm

Vorsitzender des Mieterschutzverbandes Rheinland-Pfalz

Das Bundeskabinett hat sich in der vergangenen Woche mit den Plänen des Bundeswohnungsbauministers Lücke befasst, die eine Neuregelung des Miet- und Wohnrechtes vorsehen, mit dem Ziele, die Wohnungswirtschaft in die sogenannte freie Marktwirtschaft einzugliedern. Nach den Plänen des Ministers soll eine aus fünf Staatssekretären bestehende Kommission bis zum 15. April dieses Jahres einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der einen stufenweisen Abbau der Wohnraumbewirtschaftung und der Mietpreisbindung vorsehen wird, wobei in diesem Rahmen auch eine Erhöhung der Mieten bei einem Fünftel des Altwohnungsbestandes um 20 Prozent erfolgen soll. Durch ein System von Miet- und Lastenbeiträgen soll den Familien ein Mindestmass an Wohnraum oder Wohnungseigentum gesichert werden. Gleichzeitig sollen die Bestimmungen des Kündigungsschutzes gelockert werden. Der Minister hofft, dass bis zum Jahre 1962 die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen aufgehoben, die Mietpreise freigegeben und das geltende Mieterschutzrecht geändert und insgesamt in ein, wie der Minister es nennt, "soziales Mietrecht" eingebaut sein werde.

Nun wird mit Sicherheit niemand etwas gegen eine tatsächlich soziale Gestaltung des Mietrechtes einwenden, zumal die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen der Wohnungswirtschaft reichlich unübersichtlich, undurchsichtig und vor allem vom Zufall und von politischen Gesichtspunkten geleitet erscheinen. Hier eine Neuordnung im Sinne einer Klarstellung und Vereinfachung zu schaffen, dürfte eine grosse und dankenswerte Aufgabe für einen Bundeswohnungsbauminister sein.

1,9 Millionen Wohnungen fehlen

Grundsätzlich wird man von der Tatsache ausgehen müssen, dass bei einem derzeitigen Wohnungsfehlbestand von 1,9 Millionen Wohnungen - wie das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, kürzlich anhand eingehender Untersuchungen feststellte - zu welchem noch ein jährlicher Zuwachstbedarf für Haushaltsneugründungen (450 000) und der Ersatzbedarf für minderwertige Wohnungen (rund 900 000) hinzukommen, der Wohnungsmangel auf die Dauer von weiteren zehn Jahren noch bestehen wird. Es darf nicht übersehen werden, dass die Zahl der registrierten Wohnungssuchenden besonders in Grossstädten weiter ansteigt. Hiervon ausgehend sind die Bestrebungen der Bundesregierung Experimente mit gefährlichem wirtschaftspolitischen Charakter. Bezüglich des Kündigungsschutzes muss einmal klargestellt sein, dass Mangellage auf dem Wohnungsmarkt keine Voraussetzung für Bestehen oder Nichtbestehen des Bestandschutzes sein darf. Der Schutz des Mieters darf ebensowenig Zeitbedingungen unterworfen sein, wie der Schutz des Arbeitsplatzes.

Der Mietpreis

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wollte man insgesamt zu den seither bekanntgewordenen Plänen des Bundeswohnungsbauministers Stellung nehmen. Die Frage der künftigen Mietpreisbildung bedarf aber einer besonderen Untersuchung. Die häufig aufgestellte Behauptung, die Altbaumieten seien ganz allgemein zu niedrig, ist umstritten. Schon aus der umfangreichen Begründung zur Vorlage zu einem Ersten Bundesmietengesetz vom 5.1. 1955, wobei umfangreiches Zahlenmaterial veröffentlicht wurde, ergab sich, dass das Mietenniveau des Altwohnungsbestandes - besonders in den Grosstädten - zum Teil ganz erheblich über der Grenze der sozialen Richtsatzmiete nach dem Ersten Wohnungsbaugesetz lag. Es ist zuzugeben, dass auf der anderen Seite Altbaumieten vorhanden sind, die ohne nähere Prüfung als nicht ausreichend angesehen werden müssen. Gründe für diese unterschiedlichen Mietsätze gibt es viele. Einer davon ist, dass solche Mieter oftmals durch Zufall entstanden sind. Das gilt für beide Extreme. Man wird also eine Reform im Sinne echter Mietpreisgestaltung begrüßen. Man wird auch davon ausgehen müssen, dass eine die tatsächlichen Kosten der Hausbewirtschaftung deckende Miete die massgebliche sein muss, wobei allerdings die Einschränkung zu machen ist, dass diese Miete mit dem wirklichen Wert der Wohnung übereinstimmt. Erkennt man eine kostendeckende Miete als Grundsatz an, so darf es sich aber bei den anzusetzenden Faktoren auch nur um echte, nicht um fiktive Kosten handeln. Sonst ergibt sich wiederum eine Konjunkturmiete, wie sie auch beim Altwohnungsbestand als Auswuchs der Wohnungsnot schon in nicht unerheblichem Ausmass auftritt.

"Gerechter Preis"

Die kostendeckende Miete in Verbindung mit dem Wohnwert der in Frage kommenden Wohnung dürfte auf jeden Fall auch die gerechte Miete sein. Man hat vieles gegen die Wohnwertmiete eingewendet. Man hat eine solche Grundlage als indiskutabel abgetan, weil zur Grundlagenforschung ein überspitzter Verwaltungsapparat notwendig sei. Diesen Argumenten kann man aber nicht folgen. Die kostendeckende Miete kann errechnet werden. Die Ermittlung des Wohnwertes dürfte anhand eines Normenkataloges, ähnlich dem Berliner Mietminderungsgesetz, ebenfalls relativ einfach sein. Selbstverständlich muss sichergestellt werden, dass Vermieter und Mieter das Recht zusteht, sich auf die Wohnwertmiete zu berufen.

Das System der Miet- und Lastenbeihilfen wird kaum einen sozialen Ausgleich schaffen. Es erscheint schon als Widerspruch, wenn auf der einen Seite nicht unerhebliche Mieterhöhungen zugelassen werden sollen, auf der anderen Seite durch Mietbeihilfen in Notfällen ein Ausgleich geschaffen werden soll. Praktisch bedeutet das die Zusage einer öffentlichen Hilfe, um dadurch Überschüsse über die Grenzen der tatsächlich kostendeckenden Miete zu ermöglichen.

Die Verpflichtung des sozialen Rechtsstaates

Der soziale Rechtsstaat hat eine Verpflichtung gegenüber allen Bürgern und der Familie. Das Grundgesetz hat in den Artikeln 6, 13 und 14 Familie und Wohnung unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. Es hiesse blind an jenen Postulat vorbeigehen, wollte man zu den Plänen des Wohnungsbauministers und der Bundesregierung schweigen. Im Mittelpunkt einer wirklich sozialen Wohnungswirtschaft muss auch weiterhin der Schutz der Familie stehen.

London hält dichter als Washington

E.A. London

In London denkt man weder laut noch läßt man unbekümmert Versuchsballoons steigen, wie das im Augenblick in Washington die Mode zu sein scheint. Das Foreign Office berät hinter verschlossenen Türen und Macmillan begnügt sich mit altbewährten Klischees, ohne sich von Oppositionsfragen auf den schlüpfrigen Boden von Ideengängen ziehen zu lassen, die in Bonn mißfallen könnten.

Als aus Washington berichtet wurde, die Westmächte hätten vereinbart, den Landweg nach Berlin wenn nötig mit Gewalt - Panzerwagen oder Panzerzügen - offenzuhalten, erregte das hierzulande soviel Beunruhigung, daß sie prompt vom Foreign Office dementiert wurden.

Die Wahrheit besteht darin, daß bisher weder feste Beschlüsse über die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit Berlin, noch über die westliche Antwort auf die Sowjetnote vom 10. Januar noch schließlich über westliche Vorschläge für die Lösung des Deutschlandproblems gefaßt worden sind.

Die Offenhaltung der Verbindungen mit Berlin wird von einem Dreimächteausschuß in Washington diskutiert, in dem der britische Vertreter der Washingtoner Gesandte Lord Hood ist. Der Ausschuß befaßt sich mit allen Möglichkeiten, die entstehen könnten, falls die Russen die Kontrolle der Zufahrtswege der Pankowregierung Ende Mai übertragen würden. Während der Nato-Sitzung im Dezember hatten die Westmächte sich feierlich verpflichtet, daß sie ihre Position in der deutschen Hauptstadt und die Freiheit der Berliner mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Militärstrategen im westlichen Lager und die von ihnen beeinflussten Politiker neigen der Auffassung zu, daß man nötigenfalls einen freien Zugang zu Berlin längs der Autobahn forcieren müßte. Aus militärischen und politischen Gründen glaubt Großbritannien das ablehnen zu müssen, und scheint nur die Möglichkeit einer neuen Luftbrücke für praktisch zu halten. Trotz der verschiedenen Indiskretionen aus Washington dürfte es unwahrscheinlich sein, daß sich Foster Dulles angesichts des britischen Widerstandes und der unvermeidlichen politischen Konsequenzen für eine militärische Aktion einsetzen wird.

Die westliche Antwort an Moskau wird von dem permanenten Sachverständigenausschuß der Vier - USA, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik - während der kommenden Woche in Paris entworfen werden. Wenn die britische Ansicht sich durchsetzt, wird die Antwort so wenig wie möglich polemisieren und die Bereitschaft enthalten, über das Deutschlandproblem zu verhandeln, wenn dabei auch die Fragen der europäischen Sicherheit und der Abrüstung mit erwogen werden dürften. Zu diesem Zweck sollte im Frühjahr eine Außenministerkonferenz einberufen werden, die von Botschafterbesprechungen in Moskau vorbereitet werden sollte. London würde es gern sehen, wenn in der Note ein festes Datum für die Konferenz vorgeschlagen würde.

Noch im Nebel schwimmen die Vorstellungen, von welcher Plattform aus die Westmächte bei der eventuellen Viererkonferenz operieren wollen. Die Regierungen in London, Washington, Paris und Bonn sind sich durchaus noch nicht darüber schlüssig geworden. Im Foreign Office hat man die Idee eines demilitarisierenden Gebietsstreifens längs des Eisernen Vorhanges wieder aufgegriffen, man erwägt die Möglichkeiten, die eine proportionelle Reduzierung der östlichen und westlichen Streitkräfte in Zentraleuropa eröffnen könnten und möchte herausfinden, ob die Russen zu Konzessionen bereit wären, falls der Westen auf Kernwaffen in der Bundesrepublik verzichten würde. Alle diese Ideen, die der politischen Opposition in Großbritannien nicht kühn genug erscheinen, haben noch keine feste Gestalt in Vorschlägen angenommen. Selbst wenn das Foreign Office erst einmal seine eigenen Ideen geklärt hat, dürfte es nicht damit in die Öffentlichkeit treten, um weder in Bonn noch in Washington anzuecken und Differenzen im westlichen Lager der Russen nicht zu verateten. Macmillan hatte sich den forschenden Anfragen von Beven und Gaitskell gegenüber mit der Erklärung aus der Schlinge gezogen: "Ich habe nicht die Absicht, zu einer Konferenz zu gehen, nachdem ich mich schon vorher auf Dinge öffentlich festgelegt habe, die meine Stellung und die Stellung meiner Verbündeten schwächen würden."

Gerüchte, daß Premierminister Macmillan noch vor neuen Ost-West-Gesprächen einen "Erkundigungsbesuch" in Moskau machen werde, sollte man nicht ernst nehmen. Sie werden von der konservativen Presse wie "Daily Mail" und "Daily Express" von Zeit zu Zeit in die Welt gesetzt, um dem englischen Publikum in der Vorwahlstimmung den Namen Macmillans in Schlagzeilen in Erinnerung zu bringen und eine Initiative vorzutäuschen, von der sich sonst nichts merken läßt.

Nach dem Sturz Fanfani

Rom, Ende Januar

U.B. Ministerpräsident Fanfani hat sich nur knapp sechs Monate in dem verzweifelten Zweifrontenkrieg gegen den rechten Flügel seiner eigenen christdemokratischen Partei und gegen den rebellischen linken Flügel der mit ihm verbündeten Sozialdemokraten behaupten können. Während die christdemokratischen "Heckenschützen" sich hauptsächlich darauf beschränkten, Fanfani bei geheimen Abstimmungen im Parlament das Leben zu machen, haben jetzt die aufständigen Sozialdemokraten mit Arbeitsminister Vigorelli einen klaren Trennungsstrich zu dieser Koalition in sich zerrütteter Parteien gezogen. Die Lunte, die von den Linksozialisten auf ihrem Kongreß in Neapel gelegt wurde, hat gezündet. Saragats linker Flügel ist praktisch schon zum Instrument der Politik Nennis geworden, wenn auch der demonstrative Übertritt erst noch vollzogen werden muß.

Was übrigbleibt ist Ratlosigkeit. Die parlamentarischen Möglichkeiten zur Bildung eines neuen Kabinetts sind so gut wie erschöpft, solange es hien und drüben nicht zu einer eindeutigen Klärung kommt. Heute können alle Versuche des Staatspräsidenten Gronchi, einen neuen Regierungschef zu finden, nur zu schwachen Übergangslösungen führen. Noch ist es nicht abzusehen, zu welchen Explosionen die tiefgreifenden Gegensätze in der christdemokratischen Partei auf dem Kongreß im April führen werden; noch weiß man nicht, wie sehr Saragat schon in wenigen Wochen geschwächt sein wird, wenn die Parteiopposition um Matteotti den seit langem angekündigten Schritt zu Nenni vollzieht.

Ob nun eine christdemokratische Interimsregierung links oder rechts von der Mitte angesiedelt sein wird, ob sie nun mit den Sozialdemokraten und Liberalen oder aber mit der Rechten koalieren wird, ändert nichts an der Tatsache, daß sie immer nur über eine äußerst schwache und riskante parlamentarische Mehrheit verfügen kann. Gronchis letzter Ausweg liegt darum in Neuwahlen und die Urzucht, die Italiens zerrissenen Parteien nach fünfjähriger Stagnation erlaßt hat, zwingt ihn beinahe dazu, auf diese Weise die innenpolitische Klärung voranzutreiben. Auf beiden Seiten formieren sich bereits die Fronten für diese Auseinandersetzung. Der auch von Bonn favorisierte Andreotti ist stärker als je zuvor ins Spiel gekommen, und man sagt, er wolle eine katholisch-konservative Massenpartei aus den Trümmern der Democrazia Cristiana aufbauen. Auf der anderen Seite hat Nenni auf dem Kongreß der Linksozialisten in Neapel das Startsignal für eine "Sozialistische Alternative" gegeben, die nach links und rechts in die Arbeiterschaft einbrechen will. Weniger im starren Gefüge der bisherigen Parteien als vielmehr in großen Bewegungen wird die politische Zukunft Italiens begründet sein - ein gefährlicher Weg, bei dem die Demokratie nur allzu leicht auf der Strecke bleiben kann.

+ - +

Katholische Jugendreisen nicht mehr getrennt?

In ihrer bisher außerordentlich starren Haltung zur Frage der Gemeinschaftsbildung Jugendlicher verschiedener Geschlechter hat die Katholische Jugend jetzt den ersten Schritt zum Rückzug getan. Das ist fast eine kleine Sensation; denn in der Vergangenheit war anderen Jugendverbänden gerade von der Katholischen Jugend immer wieder die Möglichkeit einer Gefährdung in moralischer Hinsicht durch die gemeinschaftlich betriebene Jugendarbeit vorgeworfen worden. Daß diese Behauptung, die von den Verantwortlichen in den anderen Jugendorganisationen stets nachdrücklich zurückgewiesen worden war, haltlos war, liegt nun auch durch folgende Veröffentlichung auf der Hand:

In seinem Januar-Informationsdienst berichtet das Presseamt des Bundes der Katholischen Jugend (im Jugendhaus Düsseldorf) über eine Studientagung zum Thema "Jugenderholung", die die Vertreter der westdeutschen Diözesen von 10. bis 12. Dezember in Haus Altenberg durchführten. Unter dem Titel "Das gemischte Reisen positiv bewerten" zitiert der Informationsdienst aus einem Referat von Otto Mundorf, Geschäftsführer des Kölner Katholischen Jugendferienwerkes und Präsident der Internationalen Vereinigung für Jugendtourismus.

In anderen Ländern, so in Frankreich, Belgien und Holland, führten die katholischen Jugendferienwerke ihre Ferienreisen für Jugendliche ab 17/18 Jahren gemeinsam durch. Diese gemischten Reisen seien "absolut positiv zu bewerten". Die Tatsache, daß man bisher im (deutschen) Katholischen Jugendferienwerk an der strengen Trennung der Geschlechter festhielt, habe nicht nur ganz erheblich die Zusammenarbeit mit den Jugendferienwerken des Auslandes erschwert, sondern auch viele katholische Jugendliche bewogen, sich anderen Einrichtungen der Ferien- und Urlaubsgestaltung zuzuwenden, die nicht immer Jugendpflegestellen oder Jugendreisedienste seien.

Wörtlich sagte der Referent weiter: "Ganz abgesehen von dem eigentlichen Ziel der Reise wird es ein weiteres sein können, wertvolle katholische Bekanntschaften unter den Geschlechtern zu fördern. Auch dieser Tatbestand erscheint mir nicht unerheblich".

Bei vielfachen Diskussionen in Jugendringen und zwischen den Jugendverbänden wird die pädagogische Frage der Koedukation bekanntlich von den Vertretern der Katholischen Jugend als "Weltanschauungsproblem" bezeichnet und abgelehnt. Die Tatsache, daß ein führender Vertreter der Katholischen Jugend sogar für Ferienreisen diesen Standpunkt zur Erörterung stellt, und daß der offizielle Pressedienst der Bundesführung die Äußerung ohne einschränkenden Kommentar wiedergibt, verdient festgehalten zu werden. Dasselbe gilt für den Hinweis auf die längst übliche Praxis in katholischen Jugendorganisationen der westlichen Nachbarländer.

Ursache dieses Beginns einer neuen Linie dürfte nicht nur eine Änderung des grundsätzlichen Standpunktes in der Führung der Katholischen Jugend sein. Daß man offen die Gefahr anführte, katholische Jugendliche könnten sich "anderen Einrichtungen" zuwenden, deutet vielmehr auf einen Zwang hin, der aus den Reihen der jugendlichen Mitglieder selbst kommt.

"Demokratischer Aufbau"

+ + +

Zahlen, die sich jeder merken sollte

In den nächsten 12 Jahren, von 1958 bis 1970, werden, wenn keine Abhilfe kommt, die USA 700 Milliarden Dollar für ihre Rüstung ausgeben. Die Russen mindestens soviel. Die Welt insgesamt, summarisch gerechnet, kommt schätzungsweise auf einen Etat von 2 000 Milliarden Dollar Rüstungskosten in den nächsten 12 Jahren. Das sagte Prof. Wiesner, USA.

Außerhalb Chinas wohnen 1,2 bis 1,3 Milliarden Menschen mit einem Durchschnittseinkommen, das nur den zwanzigsten Teil des Einkommens in den industrialisierten Ländern ausmacht. 28 Milliarden wären erforderlich, um diese Länder zu industrialisieren, ausgegeben in etwa 10 Jahren. Sagte Prof. Mahalanobis, Indien.

Für die Fertigung einer ersten Atombombe einschließlich der Fabrikationsanlagen muß der, der noch nicht mit der Fabrikation begonnen hat, etwa 100 Millionen Dollar ausgeben. 30 Millionen jährlich kostet dann eine bescheidene Jahresproduktion. Sagte Prof. Davison, USA.

Ein Radarnetz über die ganze Erde, mit dem man Raketenflüge orten und somit einen gewissen Schutz vor Überraschungsangriffen schaffen könnte, würde vier Milliarden Dollar kosten und den Unterhalt.

+ + +